



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/192 - 27.8.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

CDU-Politiker Ehlers gegen Bundestagspräsidenten	S. 1
Atomkraft für die Privatwirtschaft	S. 3
Wahlkampf in Schleswig-Holstein	S. 5
Verschleppte Rentenerhöhung	S. 7

S o geht es nicht - Herr Ehlers

sp Bundestagspräsident Dr. Ehlers hat sich am Donnerstag-Abend über den Rundfunk zum Übertritt Dr. Johns und des CDU-Abgeordneten Schmidt-Wittmack in die Sowjetzone geäußert. Er tat es zu einem Zeitpunkt, zu dem nach dem offen ausgesprochenen Willen der sozialdemokratischen Opposition, zumindest im Falle John, das Plenum des Bundestages schon beraten haben sollte, die für eine solche eminent wichtige Frage zuständigste Stelle.

Gerade Ehlers aber hat mit verschiedensten Argumenten das möglichst schnelle Zusammentreten des Bundestages zu verhindern versucht, er hat es nicht einmal für nötig gehalten, den Ältestenrat einzuberufen. Für die Schwäche seiner Argumente nur ein Beispiel: Er hat die deutsche Öffentlichkeit mit der Behauptung irreführt, die Woche vor einer Landtagswahl - am 12. September wird in Schleswig-Holstein gewählt - bleibe immer im Bundestag sitzungsfrei. Das ist unrichtig. Er hätte nur einige Wochen zurückzudenken brauchen: Am 27. Juni wurde in Nordrhein-Westfalen gewählt, am 24. und am 25. Juni hielt der Bundestag Sitzungen ab. In vorliegendem Falle handelt es sich aber um eine Angelegenheit von ganz außergewöhnlicher politischer Bedeutung, bei der auch eine bestehende Regel hätte durchbrochen werden müssen. Aber, wie gesagt, sie bestand nicht einmal.

Der Hinweis von Dr. Ehlers auf die Wahlen in Schleswig-Holstein ist deshalb wohl richtiger in einem anderen Sinne zu deuten, nämlich

als ein Versuch, die für die Regierung und ihre stärkste Partei so besonders peinlichen Fälle John und Wittmack nicht vor diesem Termin in aller Breite vor dem berufensten Gremium zur Sprache zu bringen. Hier hat man nicht zum ersten Mal das unangenehme Gefühl, dass Dr. Ehlers, sozusagen in die Roga des Bundestagspräsidenten gehüllt, CDU-Politik macht. Er begreift es nicht oder will es nicht einsehen, dass, solange er sein hohes Amt einnimmt, er sich in der Interessenvertretung der Partei, der er angehört, sehr viel mehr Zurückhaltung auferlegen muß als jeder andere.

Umso unangebrachter wirkt seine Bemerkung, es sei ein schlechter Versuch, diese Forderungen zum Gegenstand eines Streites von Parteien, von Regierung und Opposition machen zu wollen, oder wenn er sich gegen die These wendet, es sei "etwas faul in einem Staate, dessen Vertreter mit fliegenden Fahnen zum Feinde übergehen". Ist es das etwa nicht? Liegt nicht schon in Umfang und Art der Darstellung des Präsidenten selbst ein klarer Beweis dafür? Denn andernfalls hätte er sich gewiß nicht in dieser nachdrücklichen Weise um den Nachweis des Gegenteils zu bemühen brauchen. Er selbst sprach von einem "sehr peinlichen Vorgang", sagte wörtlich "Wir sind noch nicht aus den innen- und außenpolitischen Gefahren heraus", drückte sein volles Verständnis dafür aus, dass man den Eindruck haben könne, diese Ereignisse "erhellten blitzartig die innere Situation oder auch die Schwäche der Bundesrepublik".

Wenn dem aber so ist, dann ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht gerade auch der Opposition, schnellste Aufklärung und Überprüfung nach sachlichen und personellen Gesichtspunkten zu verlangen. Es steht niemandem so schlecht an, sich gegen solche Selbstverständlichkeiten in einer parlamentarischen Demokratie zu wenden, wie dem obersten Repräsentanten des Parlaments in dieser Demokratie.

"So geht es nicht!", meinte Herr Ehlers unter Bezug auf die Kennzeichnung der Situation, es sei etwas faul im Staate. Wir meinen: So geht es nicht - im Hinblick auf die Art und Weise, wie sich der Bundestagspräsident mit dieser ganzen Frage auseinandersetzt. Denn es ist nun einmal vieles faul, ganz besonders in der Art, wie die obersten Regierungstellen sich bisher in einer Angelegenheit verhalten haben, die die ganze politische Welt aufs Höchste interessiert. In diesem Punkt jedenfalls herrscht seit Wochen in der Öffentlichkeit e i n e Meinung.

Das Atom des kleinen Mannes

H.S., New York, im Aug.

Ein neues Kapitel in der Geschichte der Atomenergie hat begonnen. Der amerikanische Kongress hat kürzlich ein Gesetz verabschiedet, - und der Präsident hat es unterzeichnet - das die Atomenergie, bisher ein staatliches Monopol zur Herstellung militärischer Geschosse, für die Privatwirtschaft freigibt und damit den entscheidenden juristischen Schritt getan hat, der zur Verwendung atomischer Energie für friedliche Zwecke, vor allem für die Erzeugung elektrischen Stroms, führt. Wissenschaftlich und technisch war es bereits seit einigen Jahren möglich, Atomenergie als Treibstoff zu benutzen.

Unmöglich war aber bisher, und zwar infolge des gesetzlich festgelegten Atomenergie-Monopols des Staates, die freie Verwendung atomischer Energie für Zwecke der Privatwirtschaft, also zum Beispiel zum Antrieb der Turbinen in Elektrizitätswerken, die in Amerika zum größten Teil Privatunternehmen sind. Jetzt erst, nach Beendigung des staatlichen Monopols, wird die Atomenergie imstande sein, im Alltagsleben des amerikanischen Durchschnittsbürgers eine konkrete Rolle zu spielen. Am Tage, an dem die Glühbirne oder der Rundfunkapparat in der Wohnung des kleinen Mannes von Elektrizität gespeist wird, die von atomenergiebetriebenen Turbinen (anstelle von Kohle oder Wasserkraft) herrührt, wird die Atomenergie von einem rein militärischen zu einem beherrschenden ökonomischen Faktor geworden sein.

Der Abbau des staatlichen Monopols über die Atomenergie war bereits seit langem geplant worden, wobei Einmütigkeit darüber bestand, dass die Verwendung von Atomenergie für militärische Zwecke auch weiterhin staatliches Monopol zu bleiben habe. Aber alle übrigen Verwendungsmöglichkeiten der Atomenergie sollten freigegeben werden. Nur: bis Atomenergie industriell ausgewertet werden kann, also bis sie die erste Turbine treibt, sind so ungeheuerliche Kapitalsinvestitionen erforderlich, dass selbst die finanzstärksten Großkonzerne vor dem Risiko zurückschreckten. Alles Gerede über die bisherige "un-amerikanische" Staatswirtschaft auf dem Gebiet der Atomenergie und die Notwendigkeit, die freie Privatwirtschaft einzuschalten, war Humbug: Hätte vor drei oder vier Jahren die Regierung die Atomenergie freigegeben und die Privatwirtschaft eingeladen, sich nach Herzenslust zu bedienen, dann wäre diese in größte Verlegenheit geraten, weil die Idee, 20 Millionen Dollar oder noch mehr in einen einzigen Versuchsbetrieb hineinzustecken, einfach unrealisierbar gewesen wäre.

In drei Jahren kann es soweit sein

Das neue Atomgesetz umgeht diese Schwierigkeit der Finanzierung privater Atombetriebe mit der einfachen Lösung, dass der Staat der Privatwirtschaft die in Betracht kommenden Betriebe sozusagen schenkt. Die oppositionelle Demokratische Partei und die Gewerkschaften nennen das schlicht Raub am Gemeinvermögen. Die Formel des Gesetzes basiert auf der Tatsache, dass in der Verwendung von Atomenergie zwei völlig getrennte Phasen bestehen: erstens die Erzeugung von Atomenergie, d.h. genauer gesagt die Erzeugung von Uranium 235, und zweitens, völ-

lig getrennt davon, die praktische Verwendung dieser Energie (also etwa der Unterhalt einer "Batterie", in der Uranium 235 gespalten und die dadurch freigewordene Energie aufgefangen und einem nützlichen Zweck, etwa dem Antrieb von Turbinen oder Schwungrädern oder dgl., zugeführt wird.) Die erste Phase wird weiterhin in Staatsbetrieben auf Kosten der Steuerzahler betrieben werden, aber die entstandene Energie wird dann - gegen Zahlung einer einfachen Benutzergebühr - an private Kraftwerke abgegeben, und diese können dann mit ihr ihre Turbinen in Bewegung setzen. Die einzige Konzession, die die demokratische Oppositionspartei im Kongress der republikanischen Mehrheit abringen konnte, ist die, dass unter den Abnehmern die Betriebe der öffentlichen Hand (Gemeindebetriebe, landwirtschaftliche Genossenschaften, die Kraftwerke der Tennessee-Fal-Verwaltung usw.) eine Priorität vor den privaten Kraftwerken erhalten werden.

Immerhin ist trotz dieser einschränkenden Konzession die neue Rechtslage für die privaten Kraftwerke höchst interessant. Hier und da haben sich bereits mehrere von ihnen zu Konsortien zusammengeschlossen, um gemeinsam die ersten atombetriebenen Kraftwerke zu übernehmen; in Pittsburgh ist sogar bereits eine "Atombatterie" im Bau, in der sich die Privatwirtschaft in der eigenen Erzeugung von Atomenergie - in kleinem Umfang - für die Weiterleitung an Kraftwerke versuchen will. Offensichtlich wird in ganz kurzer Zeit, vermutlich in weniger als drei Jahren, die erste atomisch erzeugte Elektrizität für jedermann erhältlich sein, - und dank der günstigen Startbedingungen zu Preisen, die sich von denen der Kohle- oder Wasserkraft-erzeugten Elektrizität von heute nicht unterscheiden. Das Atom des Kleinen Mannes ist im Begriff, Wirklichkeit zu werden.

Solange die einzige Verwendungsmöglichkeit von Uranium 235 in ein paar Dutzend oder paar Hundert Atombomben bestand, war für ein Uraniumfieber kein Anlass: heute deutet der Kifer der Spekulation darauf hin, dass die Atomenergie drauf und dran ist, sich einen breiten Sektor in der Friedenswirtschaft zu erobern und sich im Alltag von Millionen Menschen einen ähnlichen Platz zu erobern, wie die Dampfmaschine zu Beginn unseres industriellen Zeitalters oder die Elektrizität vor einem halben Jahrhundert.

Zu den Wahlen in Schleswig-Holstein

F.P.Kiel

Die Serie der diesjährigen Wahlen zu den Landesparlamenten in vier Bundesländern und in Westberlin setzt nach Nordrhein-Westfalen am 12. September Schleswig-Holstein fort. Neben den beiden großen Parteien SPD und CDU bemühen sich FDP, BHE und SSW ("Südschleswigscher Wählerverband", politische Partei der dänischen Minderheit) um eine parlamentarische Vertretung. Neu hinzugekommen ist der "Schleswig-Holstein-Block" (SHB) aus DP und der "Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft". Er ist eine Art norddeutsches partikularistisches Gegenstück der Bayerpartei. "Deutsche Reichspartei", "Bund der Deutschen" und KPD verdienen noch nicht einmal die Bezeichnung "Splitterparteien", obgleich die beiden letztgenannten über erhebliche finanzielle Mittel verfügen.

In direkter Wahl sind, der Zahl der Wahlkreise entsprechend, 42 Abgeordnete zu bestimmen. Über die Landeswahlliste werden 27 Parlamentarier gewählt. Da mit Überhangmandaten nicht zu rechnen ist, wird es bei der "Kopfstärke" des bisherigen schleswig-holsteinischen Landtages bleiben. Fünf Parteien waren in ihm vertreten, CDU, SPD, BHE, FDP und SSW. Aus Abgeordneten der CDU, FDP und DP war ursprünglich nach den Landtagswahlen im Juli 1950 die "Fraktion des Deutschen Wahlblocks" gebildet worden. Gemeinsam mit dem BHE hatte sie den dem Landtag nicht angehörenden Futtermittel-Fabrikanten und CDU-Kreisverbandsvorsitzenden von Neumünster, Dr. Bartram, zum Ministerpräsidenten berufen. Unter ihm wurden die ersten, entscheidenden Schritte zur gesellschaftspolitischen "Gegenreformation" eingeleitet, die von seinem Nachfolger Lübke fortgeführt, Schleswig-Holstein heute als das rückständigste Land der Bundesrepublik erscheinen lässt. Dr. Bartram mußte dann unter wenig schönen Umständen im Juni 1951 zurücktreten.

Auch unter Lübke zeigte sich, dass mit einem "Block", ausschließlich in der Negation zustandegebracht, um die SPD aus der Mitverantwortung und Mitbestimmung im Staate herauszudrängen, auf die Dauer nur eine abenteuerliche Politik zu machen ist. Der Wahlblock brach im Januar 1953 endgültig auseinander und begrub unter seinen Trümmern FDP und DP. Nur vier FDP-Abgeordnete retteten sich, hart angeschlagen, in eine eigene Fraktion, während die parlamentarische Vertretung der DP begraben blieb. Ihre bisherigen sieben Abgeordneten feierten fröhliche Auferstehung in den Bänken der CDU-Fraktion. Die beiden

Häupter der abtrünnigen DP-ler, Böhrens und Sieh, rutschten allerdings gleich weiter auf die Ministerbank.

Die bösen Wahlblockerfahrungen bestimmen noch immer weitgehend das Verhältnis von FDP und DP zur CDU. Die Freien Demokraten hatten auf ihrem diesjährigen Landesparteitag "vom Grundsatz her" sehr betont jede Wahlabrede mit der CDU oder anderen Parteien abgelehnt. Sie hätten auch sicher keine schlechten Chancen bei gewissen, mit dem "schwarzen Kurs" der CDU im Bund und dem von der schleswig-holsteinischen CDU ausgelösten Justizskandal unzufriedenen CDU-Wählern gehabt. Aber sie verloren wieder einmal ihr liberales Gesicht, weil sie in vier Wahlkreisen nun doch auf eigene Kandidaten zu Gunsten der CDU verzichteten, um in einem Wahlkreis für ihren Mann deren Unterstützung einzuhandeln. Die DP ist seit dem Wahlblockabenteuer so geschwächt, dass sie allein nicht mehr in der Wahlarena auftreten konnte. Noch trüber sieht es mit dem "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" aus. Die vorjährige Bundestagswahl hatte den schleswig-holsteinischen BHE gegenüber der Landtagswahl 1950 fast genau halbiert. Er wird heilfroh sein, wenn er aus seinem unaufhörlichen Niedergang in Schleswig-Holstein noch sieben Landtagssitze retten könnte. Auch beim SSW bestehen ernste Befürchtungen. In direkter Wahl dürfte die dänische Minderheit keinen Abgeordneten durchbringen. Die 5-Prozentklausel beeinträchtigt ihre Wahlaussichten entscheidend.

Neueste Untersuchungen deuten darauf hin, dass in Schleswig-Holstein, stärker als im übrigen Bundesgebiet, die Entscheidung zwischen CDU und SPD fallen wird. Mit einem Erdbeben wird auf keiner Seite gerechnet. Die SPD hat es von jeher in Schleswig-Holstein besonders schwer gehabt. Trotz imponierender Leistungen als Regierungspartei in den schwersten Jahren nach 1946 richtete sich immer wieder die soziologische Struktur des Landes mit ihren starken restaurativen Tendenzen im Bauern- und Bürgertum gegen die Sozialdemokratie. Sie wird schwerlich jetzt die CDU in Schleswig-Holstein überflügeln können. Jedoch dürfte sie ihre bisherige Position gegenüber der CDU wesentlich verbessern.

Verschleppte Rentenerhöhung

Die Spitzenverbände der Kriegsbeschädigten und Sozialrentner haben an den Bundesarbeitsminister erneut den Appell gerichtet, die seit langem versprochene Erhöhung der Alt- und Grundrenten nun endlich vorzunehmen. Sie dürfe nicht bis zu der ebenfalls seit langem versprochenen Sozialreform hinausgezögert werden. Ein weiteres Warten sei angesichts der bitteren Not der Altrentner verantwortungslos.

Verantwortungslos ist beinahe das einzig richtige Wort gegenüber der Verschleppungstaktik, die bisher in dieser Frage betrieben wurde. Regelmäßig zu den Wahlen, zur Bundestagswahl, wie zu den Landtagswahlen, kündigte der Bundesarbeitsminister diese Rentenerhöhungen an und machte seine Ankündigung jeweils mit dem Hinweis glaubhaft, dass für diesen Zweck bereits Reserven angesammelt seien. Nach den Wahlen wurde nicht mehr davon gesprochen. Der Bundesfinanzminister löschte die Bekundung guten Willens, von der allein die Rentner nicht satt werden, nach den Wahlen stets mit dem Hinweis aus, die vorhandenen Mittel reichten nicht, um spätere Rentenansprüche zu befriedigen. Die derzeitigen Kassenüberschüsse seien noch keine Deckungsrücklage für kritische Zeiten. Auch aus Kreisen der FDP wird gern auf die Notwendigkeit solcher Deckungsreserven hingewiesen.

Wie ist das nun mit den Deckungsreserven? Sie wurden vor dem ersten Weltkrieg zu einer ansehnlichen Höhe entwickelt, verwandelten sich während des Krieges zwangsweise in Kriegsanleihen und die Inflation frass sie vollends auf. Sie hatten also der Kriegsfinanzierung gedient und die Renten waren vor, während und nach dem Kriege allein aus dem Beitragsaufkommen und den gesetzlichen staatlichen Zuschüssen gezahlt worden.

Bei Adolf, dem Einmaligen, wiederholte sich dieses Spiel. In der Weimarer Zeit waren wieder Reserven angesammelt, Adolf & Co. verwandelte sie zur Rüstungs- und Kriegsfinanzierung und gab den Reichsschatzwechsel etc. Die Weimarer Reform gab ihnen dann den Rest. Auch in diesen glorreichen Zeiten also und bis heute, sind wieder die Renten aus dem Beitragsaufkommen der Versicherten und den gesetzlichen Zuschüssen geleistet worden.

Auch heute greift der Staat wieder nach den Reserven der Sozialversicherung. Er schöpft Barmittel ab und die Deckungsreserve steht teilweise heute schon wieder - mit Zustimmung der Koalitionsparteien - im Schuldbuch des Finanzministers, das eines Tages den gleichen praktischen Wert haben kann, wie Wilhelms Kriegsanleihe und Adolfs Schatzwechsel. Die zweckentfremdete Verwendung der Kassen- und Deckungsreserven der Sozialversicherung ist nicht der Sinn der Überschüsse aus der Beitragsleistung der Arbeitnehmer. Diese wünschen Auszahlung an die Berechtigten. Die Verzögerung der Rentenerhöhung bis zur Sozialreform bedeutet wahrscheinlich die Verzögerung bis auf den Sankt Nimmerleins-Tag. Auch die Rentner fordern mit Recht, dass sich Regierung und Koalitionsparteien der Rentnernot nicht immer nur vor den Wahlen erinnern.